

## Die Karriere der Mütterrente

Wie ein Thema  
in die Welt kam.

Von Hendrik Ankenbrand  
und Ralph Bollmann

**W**ährend bei der SPD die Mitglieder noch rätseln, ob sie bei den Koalitionsverhandlungen gewonnen oder verloren haben, steht bei der CDU die große Siegerin schon fest. Sie heißt Maria Böhmer, ist Staatsministerin im Kanzleramt – und vor allem Chefin der Frauen-Union in der CDU. Sie hat nach langem Kampf die Mütterrente durchgesetzt, mit rund 6,5 Milliarden Euro jährlich der zunächst teuerste Einzelposten aus dem Koalitionsvertrag. „Das ist ein riesiger Fortschritt, der für neun Millionen Mütter endlich Gerechtigkeit schafft“, jubelt sie.

Aber wie konnte es überhaupt so weit kommen, dass das eher sperrige Thema der Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht eine solche Karriere machte?

Die Spur führt zu Heiner Geißler, ins Jahr 1978. Der damalige CDU-Generalsekretär kämpfte darum, der SPD die Hoheit über die Gesellschaftspolitik streitig zu machen. Das Ergebnis war das Ludwigshafener Grundsatzprogramm, in dem es unter anderem hieß, „die rentensteigernde Berücksichtigung von Erziehungszeiten“ sei bei der Rente „unabdingbar“.

Acht Jahre später schritt die inzwischen regierende CDU zur Tat. Sie führte das „Babyjahr“ ein, das mit der Anrechnung eines Erziehungsjahres in der Rentenversicherung verbunden war. „Das war eine Revolution: Zum ersten Mal wurde die Familienarbeit der Frauen anerkannt“, sagt Maria Böhmer, damals Landesfrauenbeauftragte von Rheinland-Pfalz.

Der nächste Schritt kam ausge-rechnet am 9. November 1989. Der Bundestag beschloss eine große Rentenreform, die Erziehungszeit verlängerte sich auf drei Jahre, allerdings aus Kostengründen nur

für künftige Geburten ab dem Jahr 1992. Für Kinder in diesem Alter komme eine außerhäusliche Betreuung „noch nicht in Betracht“, hieß es zur Begründung – ein Argument, das heute entfallen ist. Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) sprach im Plenum von einer „historischen Stunde“. Am Abend desselben Tages fiel in Berlin die Mauer.

Danach wurde es ruhig um das Thema. Es gab nun dringendere Probleme als den Ausbau des alten westdeutschen Sozialstaats, und die Frauen waren über den errungenen Erfolg erst einmal froh.

Das änderte sich im Jahr 2003. Die Rente wurde wieder ein großes Thema. Die rot-grüne Regierung beschäftigte damit die „Rürup-Kommission“. Die CDU traf sich in Leipzig zum Parteitag, bekannt für Kopfpauschale und Bierdeckel-Steuer. Man wolle „die Erziehungsleistung der Familien“, so hieß es im Leipziger Beschluss, „im Rentenrecht angemessen berücksichtigen“. Als die Union zwei Jahre später in der großen Koalition an die Hebel der Macht zurückkehrte, versickerte des Vorhaben.

Das hinderte die Partei nicht daran, die Forderung 2009 wieder ins Wahlprogramm zu schreiben. Man wolle „Erziehungszeiten in der Alterssicherung noch besser berücksichtigen“, hieß es dort – „im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten“. Das perlte am neuen Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ab.

Doch Böhmers Frauen-Union machte Druck. Sie ist kein Hausfrauenverein. Ihr gehören alle Frauen in der CDU an, und längst nicht alle sind familienpolitisch konservativ. Als die CDU auf dem Parteitag 2011 – wieder mal in Leipzig – auf Wunsch der Schwesterpartei CSU das Betreuungsgeld beschließen sollte, liefen die Unionsfrauen Amok gegen die „Herdprämie“. Sie forderten, das Geld lieber für die Rentnerinnen einzusetzen. Volker Kauder erhielt von der Kanzlerin den Auftrag, den Frauen für ihre Zustimmung irgendeinen Köder hinzuwerfen: die Mütterrente, die noch gar nicht so hieß.

Im Frühjahr 2012 startete Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ihr großes Rentenprojekt: die Bekämpfung der Altersarmut. Von den Müttern

war wieder keine Rede. Aber die Frauen-Union machte jetzt Druck. Im Januar schrieb Böhmer einen Gastbeitrag in der F.A.Z.: „Es gibt eine eindeutige Beschlusslage der CDU.“ Dann startete sie eine Unterschriftenkampagne. Und die „Regionalkonferenzen“, auf denen Merkel im Herbst für ihren Euro-Kurs werben wollte, funktionierten die Frauen in Werbeveranstaltungen für ihr Anliegen um.

Unterstützt wurde die Frauen-Union in ihrer Lobbyarbeit von den katholischen Frauenverbänden. Allein die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands hat zum Beispiel mehr als eine halbe Million Mitglieder. Auch Andrea Nahles zeigte sich dort, und von der Leyen setzte ihr makelloses Lächeln auf, als ihr die Verbände im Arbeitsministerium an der Berliner Wilhelmstraße 200 000 Unterschriften in die Hand drückten.

Auf dem CDU-Parteitag im Dezember schätzte Merkel die Machtverhältnisse falsch ein. Acht Landesverbände unterstützten das Anliegen, das inzwischen den viel werbewirksameren Namen Mütterrente trug. Die Kanzlerin musste einen Beschluss schlucken, in dem es nun schon viel konkreter hieß: „Wir wollen die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, verbessern.“ Wenige Tage später erklärte Finanzminister Schäuble, dafür habe man wegen Griechenland kein Geld.

Aber die Mütterrente war nicht tot. Wo die Abgeordneten von CDU und CSU im Wahlkampf 2013 auch auftraten: die Frauen-Union war schon da und drückte ihnen Unterschriften in die Hand. Die katholischen Frauenverbände verteilten eine halbe Million Postkarten an ihre Mitglieder. Die „Mütterrente“ kam ins Sofortprogramm für die Zeit nach dem Wahlsieg, „nicht verhandelbar“. Am Schluss schluckte Merkel sogar die „Rente mit 63“, um den Wunsch ihrer Frauen zu erfüllen.

Der Kampf ist nicht zu Ende. Die Koalitionsverhandlungen haben den Müttern nur das zweite Erziehungsjahr beschert, nicht das dritte. „Jetzt bringen wir erst einmal den Beschluss aus dem Koalitionsvertrag unter Dach und Fach“, sagt Böhmer. Und dann?